

Wirtschaftspolitik – wie kann sie beeinflusst werden?

- 1 Lesen Sie die folgenden Erklärungen aufmerksam durch und ordnen Sie zu, ob es sich um eine ordnungspolitische (o), strukturpolitische (s) oder um eine prozesspolitische (p) Maßnahme handelt.

Ordnungspolitik (o)

Ordnungspolitik bezieht sich auf die Gestaltung und Durchsetzung des rechtlichen und institutionellen Rahmens, in dem die wirtschaftlichen Aktivitäten stattfinden. Sie zielt darauf ab, die Wettbewerbsordnung zu sichern und Marktversagen zu verhindern.

Strukturpolitik (s)

Strukturpolitik konzentriert sich auf die langfristige Beeinflussung der Wirtschaftsstruktur, um die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern. Sie zielt oft darauf ab, regionale Unterschiede abzubauen und strukturelle Schwächen zu beseitigen.

Prozesspolitik (p)

Prozesspolitik umfasst kurzfristige Maßnahmen, die darauf abzielen, den Wirtschaftsprozess zu stabilisieren und zu steuern. Dazu gehören fiskal- und geldpolitische Maßnahmen zur Beeinflussung von Konjunkturzyklen.

	Gesetze zur Verhinderung von Monopolen und zur Sicherung des Wettbewerbs, wie das deutsche Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).
	Maßnahmen zur Unterstützung wirtschaftlich schwächerer Regionen, wie die EU-Struktur- und Kohäsionsfonds.
	Maßnahmen der Zentralbanken zur Steuerung der Geldmenge und der Zinssätze, wie die Senkung des Leitzinses durch die EZB, um die Kreditvergabe und Investitionen zu fördern.
	Unterstützung bestimmter Industriezweige, z.B. durch Subventionen für die Automobilindustrie oder die Förderung der Digitalisierung.
	Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer, z.B. Mindestlohngesetze und Arbeitszeitschutzgesetze.
	Maßnahmen wie Konjunkturprogramme, Steuersenkungen oder -erhöhungen, um die Wirtschaftstätigkeit zu beeinflussen.
	Investitionen in Verkehr, Energieversorgung und digitale Netze, wie der Ausbau des Breitbandinternets in ländlichen Regionen.
	Kurzfristige Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wie die Einführung von Kurzarbeit während wirtschaftlicher Krisen.
	Interventionen zur Stabilisierung der Finanzmärkte, z.B. durch Aufkaufprogramme für Staatsanleihen oder andere Wertpapiere durch Zentralbanken.
	Vorschriften zur Sicherung nachhaltigen Wirtschaftens, wie die EU-Richtlinie zur Reduktion von CO ₂ -Emissionen.
	Programme zur Verbesserung des Bildungssystems und der beruflichen Ausbildung, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen und die Innovationsfähigkeit zu stärken.
	Regulierung und Überwachung des Bankensektors durch Institutionen wie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) oder die Europäische Zentralbank (EZB).